



Marius Fischer
Geschäftsführer BE Netz AG
6014 Luzern/LU

Krise, Portemonnaie, Solarenergie und heisse Kartoffeln

Die aktuelle Energiesituation in der Schweiz und in Europa macht Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nervös und sorgt rundum für grosse Unsicherheit. Da sind auf der einen Seite die gesamtheitliche Versorgungssicherheit und Preisentwicklung und auf der anderen Seite die individuelle Energieversorgung im privaten Bereich. Die Energiepreise schiessen durch die Decke und viele Unternehmen wie auch Privatpersonen kämpfen gegen Existenzängste. Denn wir wissen es: Die Schweiz kann sich mit Minerale P/PlusEnergieBauten (PEB) zusammen mit Pumpspeicherkraftwerken (PSKW) bis 2050 mit 127 bis 435 TWh/a vollständig mit Solarstrom versorgen.

Das Thema Versorgungssicherheit sowie Szenarien mit dem Risiko einer Energielücke sind bereits in Zusammenhang mit der Initialisierung der Energiestrategie 2050 differenziert debattiert worden. Wir erinnern uns zum Beispiel an den Satz: *„Je mehr erneuerbare Energien verfügbar sind, desto weniger ist die Schweiz auf Importe fossiler Energien angewiesen.“*

Diese Erkenntnis war allerdings schon damals nicht neu, sie lag bereits lange vor der Jahrtausendwende auf der politischen, unternehmerischen und gesellschaftlichen (Gesprächs-)Agenda. Sie wurden aber hinsichtlich ihrer Dringlichkeit und Wichtigkeit nie ernst genommen und zu tief priorisiert.

Erst im Mai 2017 stimmten wir über die Energiestrategie 2050 ab. Ihre Umsetzung ist wiederum ein langer, wenn auch kontinuierlicher Prozess mit definierten kleinsten Zwischenzielen. Die initiierten Massnahmen greifen kaum und plötzlich werden Energieengpässe prognostiziert. Es scheint, als hätte kaum jemand mit der aktuellen Energiekrise gerechnet.

Weshalb also wurde nicht schon früher auf eine nachhaltige und eigenständige Stromversorgung gesetzt? Die heisse

Kartoffel wurde stets weitergereicht. Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) sahen sich hier nicht in der Verantwortung und meinten, die politischen Rahmenbedingungen seien nicht gegeben. Zahlreiche EVU sind zudem privatrechtliche Aktiengesellschaften und orientieren sich an marktwirtschaftlichen Grundsätzen: Ihren betriebswirtschaftlichen Erfolg schütten sie in Form von Dividenden an die Eigentümer aus.

«Je mehr erneuerbare Energien verfügbar sind, desto weniger ist die Schweiz auf Importe fossiler Energien angewiesen.»

Die Politik ihrerseits wirft den EVU vor, sie hätten den Fokus auf ihre Partikularinteresse gesetzt und zu wenig in unabhängige Stromversorgung investiert. Investitionen würden nach ihrer ökonomischen Rendite getätigt und nicht nach der langfristig ökologischen Nachhaltigkeit.

Die Szenarien einer Versorgungslücke und einer Energieabhängigkeit seien längst bekannt. Die diesbezügliche Kernkompetenz läge bei den EVU. Und diese hätten die Diversifizierung der Elektrizitätserzeugung in der Schweiz vernachlässigt. Die Technologie der Photovoltaik wurde so entsprechend ausgebremst.

Die Dividenden der EVU fliessen bekanntlich zu den Aktionären. Das sind meist politische Gemeinden und Kantone. Der Kreis schliesst sich und die Kartoffel fällt niemandem auf die Füsse.

Mit dem neuen Artikel 71a zur Solar-Offensive im Energiegesetz, kann die Solarenergie heute beschleunigt ausgebaut werden. Dies sei «eine gute Nachricht» für die Versorgungssicherheit, hört man weiterhin. Ja, es herrscht geradezu eine Goldgräberstimmung in den Alpen.

Die EVU und die Berggemeinden positionieren sich und freuen sich auf hohe Renditen. Nachdem die Entwicklung der Photovoltaik vor allem durch private Unternehmen und engagierten Bauherrschaften vorangetrieben wurde, wollen heute auch die grossen EVU mitmischen.

Es winken wieder hohe Dividenden. Denn jetzt – so sagen sie – liegen die marktwirtschaftlichen Bedingungen und gesetzlichen Rahmenbedingungen vor... jetzt passt also alles und die heisse Kartoffel kühlt sich ab.